

Projekt: Westfalentarif - Organisationsformen / Vertrag -

	Öffentlich-recht. Vertrag	GbR	GmbH	Anstalt öffentlichen Rechts
rechtliche Grundlage	§§ 54-62 VwVfG Abschluss eines Vertrages über einen öffentlich-rechtlichen Gegenstand	§§ 705 ff. BGB - Gesellschaftsvertrag -	GmbHG - Gesellschaftsvertrag -	Beschluss - Satzung - § 21 LOG (Errichtung durch oder aufgrund eines Gesetzes) § 7 I. i.V.m. § 114 a I, II GO NRW § 8 I Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit
Form	Schriftform, § 57 VwVfG	formfrei	notarielle Beurkundung	Beschluss und Verabschiedung einer Satzung
Zulässigkeit	Vertragsschluss unterliegt grundsätzlich keinen Restriktionen	Die Beteiligung einer Gemeinde an einer Gesellschaft ohne Haftungsbegrenzung ist unzulässig. § 108 I Nr. 3 GO NW ist auf eine Schachtelbeteiligung anwendbar. Eine Beteiligung des NWL scheidet danach aus.	GmbH grundsätzlich zulässig	Anstalt öffentlichen Rechts grundsätzlich zulässig
Zustimmungspflicht	Ja: die Mitgliedsverbände wohl nein; der Rat/der Kreistag (vgl. § 41 GO NW)	nein; s. o. (Zulässigkeit)	Ja, bei Schachtelbeteiligung von mehr als 25 % (§ 108 Abs. 6 GO NW) Eine Gebietskörperschaft dürfte diese Schwelle nicht überschreiten.	streitig
Unterrichtungspflicht gegenüber Rat	Ja (§ 113 V GO NW)	entfällt (s. o.)	Ja, soweit Beteiligung unter 25 % (vgl. § 108 Abs. 6 GO NW)	Ja (§ 113 V GO NW)

	Öffentlich-recht. Vertrag	GbR	GmbH	Anstalt öffentlichen Rechts
Gegenstand	Vertragszweck (weit)	Gesellschaftszweck (weit) - Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit -	Gesellschaftszweck (weit)	Anstaltssatzungszweck (bestimmter Nutzungszweck)
Kapital/ Finanzierung	Keine grds. Zahlungspflicht	kein Mindestkapital	Mindestkapital: 25.000 Euro	keine Mindestausstattung
Gesellschafter/ Zahl	Vertragspartner: juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts	natürliche und juristische Person des privaten und öffentlichen Rechts/ mindestens 2 Personen	natürliche und juristische Person des privaten und öffentlichen Rechts/ mindestens 1 Person	nicht mitgliedschaftlich organisiert;
Gesellschaftereignung	(entfällt)	- Personengesellschaften (auch GbR) - jur. Personen des privaten (auch GmbH) u. öffentl. Rechts (auch Zweckverband)	- Personengesellschaften (auch GbR) - jur. Personen des privaten (auch GmbH) u. öffentl. Rechts (auch Zweckverband)	Träger: Hoheitsperson, die die Anstalt errichtet, z. B. Gemeinde oder Verbandskörperschaft, Gebietskörperschaft; keine Beteiligung Privater
Aufsichtsorgan	(entfällt)	nicht vorgesehen	Fakultativer Aufsichtsrat, (§ 108, Abs. 4 Nr. 2 GO NW)	Verwaltungsrat
Vertretung/ Geschäftsführung	Vertretung: entsprechend den Vertretungsregeln bei den Vertragspartnern: - GmbH: Geschäftsführer - GbR: Gesellschafter - Zweckverband: Verbandsvorsteher	Die GbR wird mangels abweichender Regelung durch die Gesellschafter gemeinschaftlich vertreten	Die GmbH wird durch mindestens einen Geschäftsführer, der nicht Gesellschafter sein muss, vertreten	Die AÖR wird durch den Vorstand vertreten

	Öffentlich-recht. Vertrag	GbR	GmbH	Anstalt öffentlichen Rechts
Gesellschafterversammlung	(entfällt)	wird gebildet durch die Gesellschafter	wird gebildet durch die Gesellschafter	keine Gesellschafterversammlung Willensbildung erfolgt durch den Träger
Gesellschafterbeschluss	(entfällt)	Grundsatz: einstimmig Eine Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip ist gemäß Gesellschaftsvertrag möglich.	Grundsatz: - Mehrheitsprinzip, § 47 GmbHG - qualif. Mehrheit (z. B. bei Satzungsänderungen) Abweichende Regelungen bis hin zur Einstimmigkeit sind gemäß Satzung möglich.	Grundsatz - Mehrheitsprinzip gemäß Satzung/Gesetz Abweichende Regelungen bis hin zur Einstimmigkeit sind gemäß Satzung möglich.
Haftung	bei Verletzung von Vertragspflichten	persönlich/unbeschränkt, unmittelbar	Gesellschaftsvermögen: Ausnahme: Durchgriffshaftung auf GF/Gfter	Gewährträgerhaftung
Steuern: Umsatzsteuer	(entfällt)	Unternehmereigenschaft maßgeblich: (§ 2 III UStG) Vorsteuerabzugsberechtigung, wenn die zugrunde liegende Leistung für unternehmerischen Bereich erbracht wird (vgl. § 15 UStG)	Vorsteuerabzugsberechtigung, wenn die zugrunde liegende Leistung für unternehmerischen Bereich erbracht wird (vgl. § 15 UStG)	Vorsteuerabzugsberechtigung, wenn die zugrunde liegende Leistung für unternehmerischen Bereich erbracht wird (vgl. § 15 UStG)
Fazit	Grundsätzlich ist ein Vertrag möglich. Mangels Willensbildungs- /und Vertretungsorgan ist Handlungsfähigkeit jedoch angesichts Vielzahl von Vertragspartnern nicht gegeben.	Nach herrschender Meinung wegen unbegrenzter Haftung zu risikoreich und kommunalrechtlich problematisch.	Grundsätzlich möglich und geeignet. Handlungsfähigkeit ist gegeben.	Grundsätzlich möglich, aber ohne Beteiligung Privater. Der NWL könnte grds. eine AöR alleine gründen. Handlungsfähigkeit ist gegeben.